

Bern,

An die Mitglieder der Finanzkommissionen

Informationsnotiz

Juni-Hochrechnung 2020: Deutliche Verschlechterung des Ergebnisses aufgrund der Corona-Pandemie erwartet

1 Resultat der Juni-Hochrechnung

Im *ordentlichen Haushalt* rechnet der Bund für 2020 mit einem Defizit von 3,1 Milliarden. Budgetiert war ein Überschuss von 344 Millionen. Das schlechtere Ergebnis ergibt sich aus den hohen Mindereinnahmen (-5,2 Mrd. oder -6,9 %), die nur teilweise durch tiefere Ausgaben kompensiert werden (-1,8 Mrd. oder -2,4 %). Die grössten Mindereinnahmen entfallen auf die direkte Bundessteuer (-2,0 Mrd.), die Mehrwertsteuer (-2,75 Mrd.) und die Mineralölsteuer (-0,5 Mrd.). Auf der Ausgabenseite ist die erwartete Budgetunterschreitung aufgrund der tieferen Einnahmeanteile höher als in den vergangenen Jahren.

Im ausserordentlichen Haushalt fallen die umfangreichen Massnahmen des Bundes zur Bewältigung der Corona-Pandemie an. Bundesrat und Parlament haben mit den Nachträgen I und IIa bisher ausserordentliche Ausgaben von 30,8 Milliarden bewilligt (inkl. Kompensationen). Mit dem Nachtrag IIb sind weitere 0,2 Milliarden vorgesehen (inkl. Kompensationen). Gemäss den ersten Schätzungen dürfte die effektive Belastung mit 17,8 Milliarden deutlich tiefer sein (siehe Ziffer 6).

Insgesamt ergibt sich ein hohes Finanzierungsdefizit von 20,9 Milliarden.

Tabelle 1: Finanzierungsrechnung 2020 – Hochrechnung per 30. Juni 2020

	Voranschlag	Hochrechnung	Differenz
Mrd. CHF	2020	Juni	Juni-VA*
Ordentliche Einnahmen	75,7	70,4	-5,2
Fiskaleinnahmen	71,2	65,3	-5,8
Nichtfiskalische Einnahmen	4,5	5,1	+0,6
Ordentliche Ausgaben	75,3	73,5	-1,8
Laufende Ausgaben	64,0	62,6	-1,3
Investitionsausgaben	11,4	10,9	-0,5
Ordentliches Finanzierungsergebnis	0,3	-3,1	-3,4
Ausserordentliche Einnahmen	_	0,0	+0,0
Ausserordentliche Ausgaben	_	17,8	+17,8
Finanzierungsergebnis	0,3	-20,9	-21,3

^{*}Allfällige Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.



Die Prognosen der Expertengruppe des Bundes vom 16. Juni 2020 gehen für 2020 von einer starken Rezession aus. Die Wirtschaftsleistung liegt deshalb deutlich unter ihrem langfristigen Trend, was zu einer grossen Produktionslücke führt (Konjunkturfaktor von 1,082 statt 1,001). Die Schuldenbremse lässt deshalb im ordentlichen Haushalt ein hohes konjunkturbedingtes Defizit von 5,8 Milliarden zu (VA: 76 Mio.), das nicht voll ausgeschöpft wird. Der verbleibende strukturelle Überschuss beläuft sich auf 2,7 Milliarden (VA: 0,4 Mrd.).

Die Hochrechnung basiert auf dem unterjährigen Einnahmen- und Ausgabenstand. Die Zahlungen können von Monat zu Monat stark variieren. Die Hochrechnung ist deshalb mit grosser Unsicherheit verbunden. Definitive Zahlen zum Basisjahr 2020 liegen erst mit der Rechnung vor, nach Verabschiedung des Voranschlags 2021 durch das Parlament.

2 Grundlagen der Hochrechnung

Das EFD wird am 12. August 2020 die Zahlen zu den Fiskaleinnahmen der ersten sechs Monate des laufenden Jahres sowie einen Ausblick auf das erwartete Ergebnis der Finanzierungsrechnung gemäss Juni-Hochrechnung veröffentlichen. Mit dieser Notiz informieren wir den Bundesrat sowie die Finanzkommissionen (gemäss Art. 142 Abs. 4 ParlG; SR 171.10) über die entsprechenden Resultate.

Für die Hochrechnung werden die Einnahmen basierend auf den Steuereingängen bis Mitte Jahr und den aktuellen Konjunkturprognosen getrennt geschätzt und ausgehend von den Erfahrungswerten der Vorjahre hochgerechnet. Für die Verrechnungssteuer wird die mit dem Rechnungsergebnis des Vorjahres aktualisierte Modellschätzung verwendet. Ausgabenseitig erfolgt die Hochrechnung einerseits aufgrund einer Umfrage bei den Departementen zu den erwarteten Mehr- und Minderausgaben im Vergleich zum Budget und anderseits aufgrund von Schätzungen, die sich an den Ergebnissen der letzten Jahre orientieren.

3 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Eckwerte

Die aktuellen Prognosen der Expertengruppe gehen für 2020 von einer starken Rezession aus. Auch die Teuerung fällt erneut in den negativen Bereich. Das nominale Bruttoinlandprodukt dürfte um 6,7 Prozent sinken, budgetiert war ein Wachstum von 2,3 Prozent. Für das Bruttoinlandprodukt werden neu die um Sport-Grossanlässe geglättete Werte des SECO verwendet (sog. sportevent-bereinigtes BIP), da diese den Konjunkturverlauf besser widergeben.

Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Referenzgrössen 2020

Veränderung in %	Voranschlag 2020 21.8.2019	Expertengruppe 16.6.2020
Bruttoinlandprodukt nominal	2,3	-6,7
Bruttoinlandprodukt real	1,7	-6,2
Teuerung (Landesindex der Konsumentenpreise)	0,6	-0,9



4 Schätzung der ordentlichen Einnahmen

Gegenüber dem Budget 2020 wird mit einem Einnahmenrückgang von 5,2 Milliarden gerechnet. Er entfällt hauptsächlich auf die direkte Bundessteuer (-2,0 Mrd.), die Mehrwertsteuer (-2,75 Mrd.) und die Mineralölsteuer (-0,5 Mrd.). Die *Fiskaleinnahmen* entwickeln sich im Einzelnen wie folgt:

- Bei der direkten Bundessteuer wird mit Minderreinnahmen von rund 2 Milliarden gerechnet (-8,5 %). Die Einnahmen 2020 stammen zwar vor allem aus dem wirtschaftlich sehr guten Hauptfälligkeitsjahr 2019. Da der Bund aufgrund der Corona-Krise aber bis Ende 2020 auf Verzugszinsen verzichtet, wird davon ausgegangen, dass Steuerzahlungen von 2,2 Milliarden auf die Folgejahre verschoben werden.
- Für die Verrechnungssteuer wird keine Hochrechnung erstellt, weil dafür eine stabile Grundlage fehlt. Stattdessen wird die mit dem Ergebnis 2019 aktualisierte Modellschätzung verwendet, die unter dem Budget liegt (7,6 Mrd. statt 7,9 Mrd.). Per Ende Juni liegt der Saldo der Verrechnungssteuer aber 2,5 Prozent über dem letztjährigen Stand. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass das Ergebnis 2020 über dem Budget abschliesst (R19: 8,3 Mrd.). Es besteht aber eine hohe Unsicherheit über die weiteren Dividendenausschüttungen, insbesondere über jene der KMU.
- Auf die Mehrwertsteuer-Einnahmen wirkt sich das tiefere nominale Wirtschaftswachstum aus. Dazu kommt, dass die Einnahmen im Vorjahr bereits unter dem Budget blieben und deshalb bereits im Februar 2020 die Erwartungen nach unten korrigiert werden mussten. Schliesslich wird davon ausgegangen, dass ein Teil der Einnahmen erst 2021 anfällt (800 Mio.): Einerseits dürften die MWST-Abrechnungen der Unternehmen teilweise verzögert eintreffen, andererseits führen die tieferen Einnahmen aus Importen erst im nächsten Jahr zu tieferen Vorsteuerabzügen. Insgesamt wird der Budgetwert bei der Mehrwertsteuer um 2,8 Milliarden unterschritten (-11,7 %).
- Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer werden um 475 Millionen tiefer geschätzt als im Voranschlag (-10,4 %). Zum einen wurde die geplante Satzerhöhung vom 1. Juli 2020 auf den 1. Januar 2021 verschoben. Damit werden die Steuerausfälle aus der Förderung von biogenen Treibstoffen kompensiert. Zum anderen führte der Corona-bedingte «Lockdown» zu einem geringeren Treibstoff-Verbrauch.
- Bei der Schwerverkehrsabgabe werden die Einnahmen um 95 Millionen tiefer geschätzt (-6,0 %), weil das Verkehrsaufkommen bei den in- und ausländischen Fahrzeugen aufgrund der Corona-Pandemie tiefer ist.
- Die Einnahmen aus den Einfuhrzöllen werden aufgrund des Konjunktureinbruchs in der Schweiz und der EU um 80 Millionen tiefer geschätzt (-7,1 %).

Die *nichtfiskalischen Einnahmen* dürften den Budgetwert um 593 Millionen übertreffen. Die Mehreinnahmen sind insbesondere auf die zusätzliche Gewinnausschüttung der SNB zurückzuführen (+0,7 Mrd.).



5 Schätzung der ordentlichen Ausgaben

Die Ausgaben dürften um 1,8 Milliarden tiefer ausfallen als budgetiert. Die Kreditreste (-2,6 Mrd.) fallen deutlich höher aus als die Kreditaufstockungen (+0,8 Mrd.):

- Mit den Nachträgen I und IIa wurden im ordentlichen Haushalt Mehrausgaben von 107 Millionen genehmigt (inkl. Kreditübertragungen). Für die Nachträge IIb und II werden 275 Millionen erwartet. Davon werden insgesamt 60,8 Millionen kompensiert.
- Die Kreditüberschreitungen werden auf 400 Millionen geschätzt. Sie entfallen namentlich auf Mehrkosten beim BIT für zusätzliche Leistungen bei verschiedenen IT-Projekten (+76 Mio.), auf den Beitrag des Bundes an die ALV (+67 Mio.), sowie auf die Ergänzungsleistungen zur AHV (+47 Mio.).
- Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre wird mit Kreditresten von 2,6 Milliarden oder 3,5 Prozent der budgetierten Ausgaben gerechnet, deutlich mehr als in den drei Jahren zuvor (2,2 %). Die bereits gemeldeten Kreditreste ergeben sich aufgrund des Einnahmenrückgangs bei den einnahmenabhängigen Voranschlagskrediten, namentlich beim Kantonsanteil an der DBST (433 Mio.), dem Mehrwertsteuerprozent der AHV (351 Mio.) und der NAF-Einlage (282 Mio.). Die restlichen Kreditreste verteilen sich auf die gesamte Bundesverwaltung.

6 Ausserordentlicher Haushalt

Bundesrat und Parlament haben mit den Nachträgen I und IIa hohe ausserordentliche Ausgaben von 30,8 Milliarden (inklusive Kompensationen) zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Pandemie bewilligt. Mit dem Nachtrag IIb sind weitere ausserordentliche Ausgaben von 0,2 Milliarden vorgesehen (inkl. Kompensationen). Aktuell zeichnet sich ab, dass die bisher vom Parlament bewilligten Ausgaben nicht in allen Bereichen voll ausgeschöpft werden. Auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung der Juni-Hochrechnung verfügbaren Informationen werden die ausserordentlichen Ausgaben auf 17,8 Milliarden geschätzt. Nicht ausgeschöpft werden insbesondere die Mittel für die Kurzarbeitsentschädigung (12,2 Mrd. statt 20,2 Mrd.) und den Corona-Erwerbsersatz (2,3 Mrd. statt 5,3 Mrd.), für die Beschaffung von Sanitätsmaterial (1,1 Mrd. statt 2,3 Mrd.) sowie die Bürgschaften (0,5 Mrd. statt 1,0 Mrd.). Diese Schätzungen sind jedoch noch mit grosser Unsicherheit behaftet.

Daneben werden nicht budgetierte ausserordentliche Einnahmen im Umfang von 16 Millionen erzielt. Diese stammen aus der Rückzahlung von Sanitätsmaterial, welches von der Armeeapotheke beschafft und vom Bund vorfinanziert wurde.

Das Amortisationskonto ist die Kontrollstatistik der Schuldenbremse für den ausserordentlichen Haushalt; es hatte Ende 2019 einen Stand von 3,4 Milliarden.



Unter Einschluss der ausserordentlichen Ausgaben 2020 (17,8 Mrd.) wird für Ende 2020 ein Fehlbetrag von -14,4 Milliarden erwartet. Der Bundesrat wird Ende Jahr darüber entscheiden, wie dieser negative Saldo wieder abgebaut werden soll.

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Ueli Maurer

Beilage:

- Medienmitteilung (d)